



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

12. hét

2019.03.18.

ZUSAMMENFASSUNG

- Ungarische Innenpolitik – Am 15. März, dem Nationalfeiertag Ungarns im Gedenken an die Revolution und den Freiheitskampf von 1848, hielt der ungarische Ministerpräsident wie in jedem Jahr eine Rede vor mehreren zehntausend Menschen. Ehrengast der Festveranstaltung war der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki. Seine Präsenz war hauptsächlich symbolisch eine wichtige Botschaft, denn die Regierung in Budapest hat demnach nicht nur ein alternatives Programm zur Brüsseler Elite, sondern auch alternative Verbündete.
- Wirtschaftspolitik – Die Umsetzung des Aktionsplans zum Schutz der Familien ist dank stabiler Haushaltsfinanzen und Wirtschaftswachstum sichergestellt; sobald die Detailregelungen ausgearbeitet sind, werden die jungen Familien nach dem 1. Juli bereits vier Programmelemente in Anspruch nehmen können. Die Finanzierung des Babyboom-Darlehens soll nach dem Willen der Regierung nicht auf dem Wege des Entzugs von Ressourcen, sondern durch Zurückdrängung der Schatten- und Schwarzwirtschaft erfolgen.
- Außenpolitik, Außenwirtschaft – Manfred Webers Aufgabe sollte lauten, die Europäische Volkspartei zusammenzuhalten, statt diese zu fragmentieren. Damit nämlich aus dem Spitzenkandidaten auch tatsächlich der nächste Präsident der Europäischen Kommission werden kann, wird er die Unterstützung sämtlicher Angehöriger der EVP-Fraktion benötigen, die nach dem 26. Mai dem aktuellen Stand entsprechend auf eine Größenordnung von 180 Abgeordneten schrumpfen dürfte. Der Fidesz könnte 14, und einschließlich der mit ihm sympathisierenden Abgeordneten ungarischer Parteien im Ausland bis zu 18 Mandate holen, während sein Einfluss im Europaparlament noch über diese Zahlen hinausreicht.
- Nachrichten, die Beachtung verdienen – Eine überwältigende Mehrheit der Menschen in Mitteleuropa bewertet den Migrationsdruck, der seit 2015 auf dem Kontinent lastet, als einen negativen und schlechten Prozess, zeigt eine Erhebung des Nézópont-Instituts. Das aber bedeutet, dass die konsequente Politik der ungarischen Regierung zur Ablehnung der Einwanderung nicht allein in Ungarn, sondern überall in der Region eine große Unterstützung erfahren dürfte. George Soros ist in der Region weniger bekannt, wo das jedoch ausgehend von der Forschung in 9 Ländern der Fall ist, dort gilt er als ausgesprochen negative Person.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

DIE REDE VIKTOR ORBÁNS

Der ungarische Ministerpräsident würdigte nicht von ungefähr lang und breit die „echten Freunde“ der Ungarn, ohne die Ungarn nicht frei sein könnte, die Europa die Bewegung „Solidarnosc“ und Papst Johannes Paul II. gaben, womit die relevantesten Elemente der polnischen Identität genannt sind. Damit wird ein historischer Bund gestärkt, den zwei Politiker in Regierungsverantwortung verkörpern, die gegenwärtig auf ein ausgezeichnetes Abschneiden bei den Europawahlen hoffen dürfen.

Die Rede von Viktor Orbán präsentierte den Einsatz bei den Wahlen zum Europaparlament als Wahl zwischen dem liberalen Imperium und der christlichen Freiheit. Dabei stellte er klar, dass er ebenso wie eine überwältigende Mehrheit der Ungarn und der Mitteleuropäer Letzteres wählt. Diese Wahl ist für die Europäische Union und ihre gegenwärtig noch größte Parteienfamilie – auch wenn ihr Name nicht genannt wurde, waren die Hinweise doch mehr als eindeutig – von Relevanz. Wenn die Europäische Volkspartei die liberale Alternative wählt, und die Freiheit der Nationen nicht respektiert sowie nicht die christliche Kultur zu schützen bereit ist, dann wird sie zum Erbauer eines liberalen Imperiums und könnte ihre heutige Stärke einbüßen. Orbán hatte zwei wichtige Botschaften für die Volkspartei, bevor es in der kommenden Woche zur Abstimmung über die Mitgliedschaft des Fidesz kommt. Zunächst einmal ließ er anklingen, dass er abgesehen von den Tabuthemen Ablehnung der Einwanderung, Priorität der Familien und Schutz des Christentums zu Kompromissen bereit ist: Seine Zitate „mit der Realität des Ausgleichs leben“ und „mit Kossuth zu träumen“ weisen genau darauf hin. (Kossuth war eine führende Persönlichkeit der Revolution im 19. Jahrhundert, der einen Ausgleich mit den Habsburgern ablehnte.) Zum zweiten hielt Orbán – nicht zum ersten Mal – fest, dass die ungarische Regierung allen Vorwürfen zum Trotz für Europa eintritt. Allerdings wolle sie kein liberales, sondern ein christliches Europa. Sein Motto ist glasklar, denn ein starkes Europa mit starken Nationalstaaten und starken Führern zu fordern, ist eine verschleierte Kritik an der derzeitigen Europäischen Volkspartei, die mit Manfred Weber richtungslos dahintreibt und sich in die liberale Weltordnung einzureihen scheint. Ungarn hat 1849 ebenso wie im 20. Jahrhundert immer wieder Schlachten verloren, der ungarische Ministerpräsident sprach aber dennoch am Nationalfeiertag von einem Sieg, indem er unterstrich, dass sowohl die christliche Kultur als auch Ungarn erhalten blieben, die obendrein heute vor einer „mitteleuropäischen Renaissance“ stehen. Somit ist der Kompromiss

für den ungarischen Ministerpräsidenten ein Mittel und nicht das Ziel, der für seine Grundprinzipien bereit ist, selbst noch den Anschein einer Niederlage zu wecken. Zusammengefasst ließ der ungarische Regierungschef Freund und Feind wissen, dass mit der Europäischen Volkspartei und dem Fidesz alle Variationen der Entwicklung denkbar sind. Beide müssen ihre Zukunft wählen, mit dem Unterschied, dass die Werte der ungarischen Regierungspartei klar umrissen sind, während die Europäische Volkspartei erst noch entscheiden muss, was ihr wichtig ist.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE REGIERUNG GEWÄHRT EINEN ZINSZUSCHUSS VON 5 PROZENT AUF DAS BABYBOOM-DARLEHEN

Im Ungarischen Amtsblatt sind die Details des zinslosen Kredits erschienen, der ab dem 1. Juli vergünstigt durch junge Paare in Erwartung von Nachwuchs beantragt werden kann. Diese Art von Kreditverträgen kann zwischen dem 1. Juli 2019 und dem 31. Dezember 2022 abgeschlossen werden, die Ressourcen im Staatshaushalt für die Umsetzung dieses Programms stehen bereit.

Bei einer normalen Kreditbeurteilung durch die Bank können jene jungen Ehepaare zinsfreie Kredite im Volumen von bis zu 10 Millionen Forint aufnehmen, die den nachfolgenden Bedingungen gerecht werden:

1. Die Ehefrau ist mindestens 18 Jahre, aber noch nicht 41 Jahre alt. Beide Ehepartner verfügen über einen angemeldeten Wohnsitz in Ungarn, und wenigstens ein Ehepartner verfügt seit mindestens 3 Jahren ununterbrochen über ein SV-Verhältnis hierzulande, oder geht einem Hochschulstudium nach, oder verfügt über ein ausländisches SV-Verhältnis.
2. Keiner der Ehepartner ist vorbestraft und keiner ist bei der Steuer- und Finanzbehörde (NAV) mit öffentlichen Steuerschulden registriert. Sie sind ungarische Staatsbürger oder verfügen über ein Aufenthaltsrecht, beziehungsweise lebt – sofern ein Ehepartner bereits ein Kind erzieht – wenigstens einer der Ehepartner in der ersten Ehe (Fälle von Verwitwungen sind nicht zu berücksichtigen). Eine wichtige Bedingung lautet, dass sie auch auf der negativen Schuldnerliste (KHR) keinen Eintrag haben dürfen.

In dem Fall, wenn die Voraussetzungen für das Kinderkriegen nicht innerhalb von 5 Jahren erfüllt werden oder aber keiner der Ehepartner mehr über einen ungarischen Wohnsitz verfügt beziehungsweise keiner der Ehepartner mehr ein durch die Zuwendungen gefördertes Kleinkind im eigenen Haushalt erzieht, erlischt der Zinszuschuss und müssen die bereits beanspruchten Zinszuschüsse innerhalb von 120 Tagen nach Erlöschen der Berechtigung in einer Summe via Kreditinstitut an den Fiskus zurückerstattet werden. Die durch die Regierung definierte Zielstellung der Zuwendungen für das Babykriegen besteht darin, höhere Geburtenzahlen zu generieren.

Abgesehen von den Maßnahmen zum Schutz der Familien hat die Regierung weitere wichtige Finanzbelange entschieden: Um die Lasten der Bevölkerung bei der Zahlung von Gebühren zu senken, bleiben Überweisungen im Wert unterhalb von 20.000 Forint auch weiterhin befreit von der Transaktionsgebühr, während der Teil über 20.000 Forint mit einer einheitlichen Gebühr in Höhe von 800 Forint belegt wird, die unabhängig von der Anzahl der Überweisungen ist. Eine Umstrukturierung der Spareinlagen der Bevölkerung mit sich bringen und die Abhängigkeit des Landes von externen Finanzen deutlich reduzieren könnte, dass auf die Zinserträge der Staatsanleihen künftig keine Einkommensteuer mehr entrichtet werden muss. Ein weiterer wichtiger Schritt zur Zurückdrängung der Schattenwirtschaft wird damit getan, dass im Sinne der durch den Finanzminister eingereichten Gesetzentwürfe schon in naher Zukunft sämtliche Betreiber von Parkautomaten diese Geräte bei der NAV anmelden müssen.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

EIN AUSSCHLUSS DES FIDESZ WÜRDIE ERFOLGSAUSSICHTEN VON MANFRED WEBER VERSCHLECHTERN

Die Europäische Volkspartei (EVP) darf ausgehend von der aktuellen Situation im Großen und Ganzen mit 180 Abgeordneten im Europaparlament rechnen, das nach dem 26. Mai mit insgesamt 705 Abgeordneten gebildet wird. In jenem Fall, wenn die EVP in ihrer jetzigen Form auch nach den Wahlen verbleibt, kann der Fidesz mit seinen nahen Verbündeten der ungarischen Minderheiten im Ausland eine Fraktion von insgesamt 18 Abgeordneten stellen, die demnach 10 Prozent der Volkspartei ausmachen würde.

Spitzenkandidat Manfred Weber besuchte vergangene Woche Dienstag Budapest, um das zuvor von ihm formulierte Ultimatum persönlich mit dem ungarischen Ministerpräsidenten zu diskutieren. Für Weber ist es von entscheidender Bedeutung, nach dem 26. Mai im Europaparlament eine Mehrheit zu formen, wenn es zur Abstimmung über die Person des kommenden Präsidenten der Europäischen Kommission kommt. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen europäischen Kräfteverhältnisse wird er dafür aber auch die Unterstützung der Fraktionen der Sozialdemokraten und der Liberalen benötigen. Die Konfrontation mit der ungarischen Regierung ist ein Schritt dieser Strategie, eine Mehrheit zu erlangen. In diesem Sinne handelte der ungarische Besuch in erster Linie von der Suche nach einem Kompromiss: Weber hat nämlich erkannt, dass der Fidesz im nächsten Europaparlament nicht nur 2,5 Prozent der Abgeordneten stellen wird, sondern dank der Politik, mit der Viktor Orbán alternative Bündnisse baut, gut und gerne 5-10 Prozent der Abgeordneten zu beeinflussen imstande sein wird. Eine weitere relevante Frage ist die veränderte Zusammensetzung des Europäischen Rates: Sollte nämlich das Europaparlament keinen der Spitzenkandidaten im ersten Wahlgang wählen können, verfügt der Europäische Rat über die Möglichkeit, mit qualifizierter Mehrheit neuerlich einen Kandidaten zu benennen, für dessen Wahl letztlich auch die Zustimmung des Europäischen Rates benötigt wird.

Unter Berücksichtigung all dieser Umstände hat Weber aufs falsche Pferd gesetzt, als er die Bewahrung der Mitgliedschaft des Fidesz in der EVP auf Druck von 13 Mitgliedsparteien sowie sozialistischer und liberaler Politiker an die Erfüllung anfechtbarer Bedingungen knüpfte. Das Ultimatum, das zum Großteil aus bereits zum Zeitpunkt seiner Formulierung erfüllten Bedingungen bestand, handelte in Wahrheit von der Erzielung eines Kompromisses, der für die einwanderungsfreundliche Minderheit innerhalb der Volkspartei hinnehmbar ist, ebenso wie die symbolischen Treffen, die der Fraktionsvorsitzende der EVP bei seinem Budapest-Besuch absolvierte. Die Thematisierung der CEU-Angelegenheit von Seiten des bayrischen Politikers ist schon deshalb fragwürdig, weil die durch George Soros gegründete Universität auf der Grundlage des geltenden bundesdeutschen Rechts in ihrer jetzigen Form auch dort nicht unterhalten werden könnte.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

EINE ÜBERWIEGENDE MEHRHEIT DER MITTELEUROPÄER IST GEGEN DIE EINWANDERUNG

Die in neun mitteleuropäischen Ländern (Ungarn, Tschechien, Slowakei, Polen, Slowenien, Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien) durchgeführte repräsentative Meinungsforschung des Nézópont-Instituts in Verbindung mit jenen Vorschlägen, die in den politischen Institutionen der Europäischen Union von Zeit zu Zeit und hauptsächlich zwecks Unterstützung von Einwanderung und Migration vorgebracht werden, hat gezeigt, dass unter den in der Größenordnung 83 Millionen Wählern der Region Mitteleuropas 61 Millionen eine gegen die Einwanderung gerichtete Einstellung besitzen. Nur 16 Millionen Wähler halten – ausgehend von den gestützt auf die Umfrage ermittelten Ergebnissen – die Migration von außerhalb des europäischen Kontinents für einen positiven Prozess. Gegliedert nach Ländern zeigt sich, dass der Anteil der Migrationsgegner in Tschechien, Bulgarien und Ungarn am höchsten ausfällt. Die Beurteilung der Person von George Soros als Repräsentant der Idee der offenen Gesellschaften fällt – wahrscheinlich nicht unabhängig von dieser Grundeinstellung – schlecht aus, wobei ihn 38 Millionen Wähler nicht kennen oder sich keine Meinung über ihn bilden wollen. Aus den Angaben geht eindeutig hervor, dass seine Person dort mehrheitlich abgelehnt wird, in welchem Land er besser bekannt ist.

DIE MTA HAT SICH MIT DER UNGARISCHEN REGIERUNG GEEINIGT

Unbeeindruckt der politischen Druckausübung von Seiten der öffentlichen Gremien der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) wurde eine Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Innovationen und Technologien (ITM) und der Akademie getroffen. Diese Übereinkunft widerspiegelt eher den Standpunkt der Regierung, wonach die Bewirtschaftung des Netzwerks der akademischen Forschungsinstitute nach dem 1. Januar 2020 der Regierung zugeordnet wird. Die Zielstellung der Umstrukturierung besteht darin, die Wissenschaften dem auf Marktbasis organisierten Sektor für Forschung und Entwicklung näherzubringen, wobei im Hintergrund zugleich Effizienzsteigerungen ins Auge gefasst wurden. Im Rahmen der neuen Konstruktion wird ein Gremium, das von den Parteien gemeinsam besetzt wird, die Forschungsinstitute leiten. In dieses Gremium werden die MTA und die Regierung paritätisch in gleicher Anzahl ihre Repräsentanten delegieren. Den Vorsitzenden dieses Gremiums wird auf der Grundlage eines gemeinsamen Vorschlags des Präsidenten der Akademie und

von Minister László Palkovics der ungarische Ministerpräsident ernennen. Auf diese Weise verliert die MTA ihr Vermögen nicht, zumal das akademische Forschungsnetz schon bislang ein organischer Bestandteil der einheimischen Institutionen für Forschung und Entwicklung war.

PROGNOSE

- Laut ursprünglichem Szenario läuft am 29. März jene zweijährige Übergangszeit aus, die für die Durchführung des Brexit zur Verfügung stand. Im jetzigen Augenblick erscheint jedoch eine Verlängerung der Austrittsfrist als das am ehesten realistische Drehbuch, wobei die entscheidende Frage im Moment zu lauten scheint, bis wann der Brexit noch aufgeschoben werden kann.

Die Regierung Großbritanniens übermittelte am 29. März 2017 offiziell die Bitte um Einleitung des Brexit an den Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk. Der Prozess kam immer wieder ins Stocken, wobei nicht nur die kritische Frage der Grenzregelung Irland-Nordirland, sondern auch die gespaltene Haltung des britischen Unterhauses den Prozess des Austrittsverfahrens behindert. Im Sinne der Entscheidungen des Unterhauses wurde der von Theresa May ausgehandelte Entwurf verworfen, während man gleichzeitig einen sogenannten No-Deal-Brexit, also einen Austritt ohne Vereinbarung verhindern möchte. Das realistischste Szenario dürfte in einer Verlängerung der Verhandlungen bestehen, wobei die entscheidende Frage nunmehr lautet, wie lange sich diese noch hinziehen sollen. Der Vertrag von Lissabon räumt Möglichkeiten ein, das endgültige Datum des geplanten Austritts zu verschieben, denn „der Europäische Rat kann im Einklang mit dem betreffenden Mitgliedstaat einstimmig eine Verlängerung des Termins beschließen“. Die ungarische Regierung hat ihren Standpunkt in der Frage wiederholt zum Ausdruck gebracht, wonach es bedauerlich sei, dass die Anzahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum ersten Mal in deren Geschichte nicht stagniert oder wächst, sondern abnimmt. Darüber hinaus behandelt die ungarische Regierung den Schutz der Interessen der in Großbritannien lebenden Ungarn als Priorität.